

## Bauen mit Freunden

Aus einer Hainhölzer Projektinitiative reift eine Baugemeinschaft. In der Calenberger Neustadt hat die 20-köpfige Gruppe die alte Feuerwache ins Auge gefasst. Seite 17



FOTOS: ILONA HOTTMANN (2), DPA

**Dramatisch**  
Andertens Pestalozzischule hat zu viele Schüler und ein marodes Gebäude mit Schimmel und Mäusen. Seite 20



**Historisch**  
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wirbt in Großbritannien für eine enge Partnerschaft. Seite 2



## Schülerstreiks? Ministerin mahnt: Heute ist ein normaler Schultag

Aus Unmut gegen die Wehrdienstpläne der Bundesregierung planen Schülerinnen und Schüler überall im Land Protestaktionen. Kultusministerin Hamburg hat Verständnis – pocht aber auf die Regeln.

Von Marco Seng

**Hannover.** Vor dem für heute geplanten bundesweiten Protesttag gegen die Wehrdienstpläne der Bundesregierung hat Niedersachsens Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) die Schüler in Niedersachsen ermahnt, sich an schulrechtliche Vorgaben zu halten. Der heutige 5. Dezember sei in Niedersachsen ein normaler Schultag – kein schulfreier Tag oder Ferientag. Schulstreiks oder Unterrichtsboykott seien nicht erlaubt.

Hamburg zeigte aber zugleich Verständnis für Proteste gegen die Pläne des Bundes. „Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre ein massiver Einschnitt in die Lebensplanung junger Menschen“, sagte sie dieser Redaktion. „Ich halte es für richtig, zunächst auf Freiwilligkeit zu setzen und Bundeswehr sowie Freiwilligendienste attraktiver zu machen.“

### Ministerin gegen Wehrpflicht

Schulstreiks sind nach Angaben der Organisatoren etwa in Hannover

(13.30 Uhr am Hauptbahnhof), Braunschweig, Göttingen, Leer, Lüneburg, Osterode am Harz und Willehshausen angekündigt. In einem Instagram-Aufruf der Gruppe „Schulstreik gegen die Wehrpflicht“

ne Zukunftsperspektive. „Statt Milliarden in Waffen zu stecken, fordern wir Milliarden für Bildung, bessere Ausbildungsplätze, das Klima und für unsere Zukunft.“

Heute wird im Bundestag voraussichtlich über das geplante Wehrdienstgesetz abgestimmt. Es soll zum 1. Januar in Kraft treten. Junge Menschen ab dem Geburtsjahr 2008 sollen dann einen Fragebogen erhalten, in dem ihre Bereitschaft für einen Dienst in der Bundeswehr abgefragt wird. Männer müssen ihn ausfüllen, Frauen können das. Zudem soll es eine verpflichtende Musterung aller jungen Männer geben.

Das niedersächsische Kultusministerium wies darauf hin, dass es als unentschuldigtes Fehlen gelte, wenn Schülerinnen und Schüler dem Unterricht streikend fernbleiben. Die Teilnahme an einer Demonstration während der Unterrichtszeit könne in Ausnahmefällen seitens der Schule genehmigt werden. Die Entscheidungsbefugnis liege bei der Schulleitung. Auch der Präsident des Deutschen Lehrerver-

bandes, Stefan Düll, ermahnte Schülerinnen und Schüler, sich an schulrechtliche Vorgaben zu halten. „Eine Demonstrationsteilnahme während der Unterrichtszeit ist ein unerlaubtes Fernbleiben vom Unterricht und liegt in der Verantwortung der Eltern beziehungsweise der volljährige Schüler“, erläuterte er. „Sie erfordern die vorherige Abmeldung bei der Schulleitung.“

um unnötige Nachfragen bei den Eltern zu vermeiden, sowie die Bereitschaft, pädagogische oder disziplinarische Konsequenzen zu akzeptieren.“

### Nicht gesehene Generation

„Das ist eine Generation, die sich nicht gesehen fühlt“, sagte Hamburg. Wenn sie als Kultusministerin an Schulen unterwegs sei, hörte sie häufig Sätze wie: „Wir leiden unter der Klimakrise, sollen Schulden zurückzahlen, Renten erwirtschaften. Wir wissen nicht, ob wir die Chance auf eine gute Zukunft haben. Warum sollen wir jetzt auch noch zur Bundeswehr?“ Aufgrund der geopolitischen Lage bedürfe es einer Stärkung der Bundeswehr, betonte Hamburg. „Wir leben in Zeiten eines Krieges in Europa.“ Aktuell seien junge Menschen jedoch vor allem „Manövriermasse“. Wieder mal werde über sie diskutiert, aber nicht auf ihre Belange eingegangen.

Hamburg: „Wer erwartet, dass junge Menschen sich für das Gemeinwohl einschränken, muss Perspektive bieten und Mitbestimmung.“



Julia Willie Hamburg (Grüne), Kultusministerin von Niedersachsen, warnt vor Schulstreiks.

FOTO: DPA

## Bürgergeld: Probleme bei der Jobsuche

**Hannover.** Bürgergeldempfänger mangelt es bei der Arbeitssuche laut einer Studie an der Unterstützung durch die Jobcenter. Aber: Fast die Hälfte der Erwerbsfähigen sucht auch nicht intensiv nach einer neuen Beschäftigung. Das ist das Ergebnis einer Befragung von rund 1000 Bürgergeldempfängern im Alter zwischen 25 und 50 Jahren im Frühjahr 2025. Das Ergebnis hat die Bertelsmann Stiftung jetzt veröffentlicht. Demnach geben 57 Prozent der Befragten an, in den vier Wochen vor der Befragung nicht aktiv einen Job gesucht zu haben.

Als Grund geben 45 Prozent der Interviewten an, dazu nicht in der Lage zu sein, weil sie eine psychische oder chronische Erkrankung haben. Knapp die Hälfte begründet die passive Haltung mit zu wenigen passenden Stellen. 22 Prozent nennen als Hinderungsgrund, dass sie Angehörige pflegen oder Kinder betreuen müssen. 43 Prozent geben an, vom Jobcenter noch nie ein Stellenangebot erhalten zu haben.

Nach Angaben der Bertelsmann Stiftung beziehen derzeit 1,8 Millionen Menschen in Deutschland Bürgergeld, sind arbeitslos gemeldet und somit grundsätzlich erwerbsfähig.

## Gastronomen klagen über „No-Shows“

**Düsseldorf.** Nicht eingehaltene Reservierungen verursachen im Gastgewerbe herbe finanzielle Verluste – bei einer Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) unter 250 Gastronomen und Hoteliers in Nordrhein-Westfalen gaben 87 Prozent an, dass sie das Problem der „No-Shows“ aus eigener Erfahrung kennen. Rund 40 Prozent schätzten den Schaden auf mehr als fünf Prozent des Jahresumsatzes und 60 Prozent auf bis zu fünf Prozent. 38 Prozent der Betroffenen gaben an, vorher mit einem Anruf beim Gast nachzufragen, ob er wirklich kommt.

10 Prozent verlangen Anzahlungen oder lassen sich eine Kreditkartennummer geben.

## Mehr Angriffe auf Einsatzkräfte

Polizei, Feuerwehr und Sanitäter in Niedersachsen als Opfer von Gewalt – Bodycams sollen helfen

Von Leonard Fischer

**Hannover.** Die Zahl der Angriffe auf Einsatzkräfte in Niedersachsen bleibt hoch. Wie das Innenministerium mitteilte, wurden im vergangenen Jahr erneut mehr Gewaltdelikte gegen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste gezählt – 4570 und damit 103 mehr als im Vorjahr.

Insgesamt zählte das Ministerium 10.460 Einsatzkräfte als Opfer von Gewalt – fast alle von ihnen Polizisten. Auch bei Feuerwehren und Rettungsdiensten erreichten die Opferzahlen demnach neue Höchststände – angeführt wird die Statistik da von tötlichen Angriffen auf Rettungskräfte. Dahinter folgen knapp 1900 Fälle von Widerstand gegen Beamte. Auch Bedrohungen hat das Ministerium hundertfach gezählt.



Besonders die Silvesternacht ist für Einsatzkräfte herausfordernd – nicht zuletzt wegen vieler alkoholischer Männer.

Dem Lagebild zufolge sank die Zahl verletzter Einsatzkräfte geringfügig. Die Zahl der Schwerverletzten ging demnach von zehn auf drei zurück. Bei den Tatverdächtigen handelt es sich laut Ministerium überwiegend um erwachsene deutsche Männer. Rund die Hälfte der Täter stand demnach zum Tatzeitpunkt unter Alkoholeinfluss.

Innenministerin Daniela Behrens (SPD) sagte: „Die Zahl der Angriffe ist zu hoch.“ Man könne und dürfe nicht hinnehmen, „dass diejenigen, die uns schützen und ihr Leben für unsere Sicherheit riskieren, im Gegenzug angegriffen und verletzt werden“. Das gelte für Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren gleichermaßen, sagte die Ministerin. Besonders hob sie die Belastung der Ehrenamtlichen hervor.

Das Ministerium hat nach eigenen Angaben Maßnahmen gegen das Problem ergriffen. Seit Anfang 2024 gebe es eine eigene Koordinierungsstelle zur Gewalt gegen

nicht polizeiliche Einsatzkräfte. Zudem werde das Land die psychosoziale Versorgung verbessern, ein entsprechendes Gesetz solle 2026 auf den Weg gebracht werden. Feuerwehr- und Rettungskräfte erhielten inzwischen erweiterte Schulungen zu Deskalation und Kommunikation.

Behrens sprach sich außerdem dafür aus, den Einsatz von Bodycams auszuweiten. Mit der geplanten Novelle des Polizeigesetzes sollen Bodycams künftig auch in Wohnungen eingesetzt werden können. Davon verspreche sie sich „noch besseren Schutz“ für Polizeibeamte.

Die Ministerin appellierte an die Bevölkerung, den kommenden Jahreswechsel friedlich zu feiern und Einsatzkräfte nicht zu behindern.

WETTER		
FR	SA	SO
4° 2°	7° 6°	11° 9°

### KONTAKT

Redaktion	(0511) 518-0
Abo-Service	(0800) 123 43 04*
Kleinanzeigen	(0800) 123 44 01*

\*KOSTENLOSE SERVICENUMMERN

www.haz.de  
@Hannoversche Allgemeine  
@haz.de

 Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland

